

Avanti O.

RSB Oberhausen



Demonstration zum internationalen Tag der Arbeit in Oberhausen, 1. Mai 2016

Foto: Avanti O.

Solidarität statt Konkurrenz!

R.O.

Am ersten internationalen Kampftag der ArbeiterInnenbewegung, dem 1. Mai 1890, fanden weltweit in zahlreichen Städten Massendemonstrationen und Massenstreiks statt, mit denen die Beschäftigten ihrer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung Nachdruck verliehen.

Nach jahrzehntelangem entschlossenem Kampf wurde im Jahr 1918 der Acht-Stunden-Tag für gewerbliche ArbeiterInnen auch in Deutschland gesetzlich vorgeschrieben.

Die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit ist eine der Errungenschaften, die im 19. und 20. Jahrhundert durch eine starke, internationale ArbeiterInnenbewegung erstritten wurden.

Liebe Leserinnen und Leser,

natürlich ist der internationale Tag der Arbeit Thema dieser Nummer der *Avanti O.* Auf Seite 2 könnt Ihr das Flugblatt des RSB Oberhausen zum 1. Mai lesen.

Ferner stellen wir die Konzernstrategie von XXXL – nicht nur in Oberhausen – vor. Außerdem berichten wir über das Betriebsrat-Mobbing bei den MK-Kliniken in Herne und Bochum.

Wir hoffen, dass auch diese Beilage auf Euer Interesse stößt, und würden uns freuen, Euch bei der Filmreihe „Auf den Spuren der ArbeiterInnenbewegung“ zu sehen. Oder auch bei unserer offenen Mitgliederversammlung am 23. Mai.

Eure Redaktion

Im 21. Jahrhundert werden die erkämpften politischen und sozialen Rechte der Beschäftigten nun unter dem Vorwand der Krisenlösung scheinbar wieder abgebaut.

Der 1. Mai 2016 stand unter dem Motto „Zeit für mehr Solidarität“. Tatsächlich ist Solidarität die wichtigste Waffe, die wir haben, um uns gegen diese Entrechtung zu wehren:

Eine breite außerparlamentarische internationale Bewegung könnte der derzeit fast ungestört betriebenen Umverteilung von unten nach oben etwas entgegen setzen.

Auf Seite 2 dieser Ausgabe der *Avanti O.* dokumentieren wir das Flugblatt, das der RSB in Oberhausen bei der diesjährigen Mai-Kundgebung verteilt hat.

Inhalt

	TITEL	
01	1. Mai Solidarität statt Konkurrenz!	04 XXXLutz Strukturen und Strategie der Lutz-Gruppe SOLIDARITÄT
	BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	
02	1. Mai Flugblatt des RSB Oberhausen	05 MK-Kliniken BR-Mobbing bei den MK- Kliniken in Bochum und Herne
03	XXXL Rück Ein Ausbeutungsmodell	06 Filmreihe Auf den Spuren der ArbeiterInnenbewegung, Teil 2
		06 Termine

1. Mai 2016

Es ist höchste Zeit für mehr Solidarität!

Unter dem Vorwand der Krisenlösung werden seit dem Beginn der „Euro-Krise“ 2008 politische und soziale Rechte der Beschäftigten Stück für Stück abgebaut.

Dies betrifft Flächentarifvertrags-Systeme ebenso wie den Kündigungsschutz, das Streikrecht und die soziale Sicherung. Letztlich geht es um die Schwächung gewerkschaftlicher Gegenmacht insgesamt.

Eine spürbare internationale ArbeiterInnenbewegung könnte diese Entwicklung umkehren und der derzeit fast ungestört betriebenen Umverteilung von unten nach oben ein Ende bereiten.

Wenn jeder an sich selbst denkt ...

... dann ist an alle gedacht? In einer Gesellschaft, die auf Konkurrenz aufgebaut ist, haben sich offenbar auch viele KollegInnen dieses Motto zu eigen gemacht. Mit Vertrauen auf die eigenen Ellenbogen wird der eigene bescheidene Wohlstand – oder auch nur das Lebensnotwendige – gegen „KonkurrentInnen“ verteidigt.

Dies freut die RattenfängerInnen der AfD – und ganz besonders auch die KapitaleignerInnen, die sich ungestört weiter bereichern können, während sich die „kleinen Leute“ selbst zerfleischen.

Wer die AfD aus Protest oder zur Unterstützung ihres europakritischen Kurses wählt, um es „denen da oben“ mal richtig zu zeigen, hilft in Wirklichkeit gerade diesen, ihre Herrschaft zu sichern.

Das Europa des Kapitals

Den Anfang, die Lohnabhängigen zu enteignen und zu entrechten, hat bereits die Regierung unter Schröder (SPD) und Fischer (Grüne) gemacht, als sie zu Beginn der 2000er Jahre die Hartz-Gesetze einführte. Auf Kosten der Lohn-

abhängigen nicht nur in Deutschland erhielt die deutsche Wirtschaft einen Wettbewerbsvorteil, von dem sie bis heute zehrt.

Die Verabschiedung der Hartz-Gesetze war jedoch keine allein nationale Entscheidung. Mit der Agenda 2010 wurde vielmehr die von europäischen Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 beschlossene „Lissabon-Strategie“ umgesetzt, mit der Europa bis zum Jahr 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ gemacht werden sollte.

Die derzeitigen Angriffe auf die Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung folgen aus der 2010 verabschiedeten „Europa 2020“-Strategie. Die „EU-Agenda 2020“ ist das Nachfolgeprogramm der „Lissabon-Strategie“. Da die deutsche Politik die Entscheidungen der Europäischen Union maßgeblich beeinflusst, ist es kein Zufall, dass die deutsche Wirtschaft von deren Entscheidungen besonders profitiert hat.

Die Europäische Union ist das Europa des Kapitals.

Zurück zum Nationalstaat?

Wenn eine kapitalfreundliche Partei wie die AfD heute die

EU kritisiert und „Deutschland zuerst“ ruft, so vertritt sie damit aber noch lange nicht unsere Interessen.

Ein rückwärtsgewandtes „zurück zum Nationalstaat“ ermöglicht beim heutigen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung und der weltweiten wirtschaftlichen Verflechtungen keine fortschrittliche Entwicklung im Sinne der Lohnabhängigen.

Das gleiche gilt für die Standortpolitik von Gewerkschaften, die scheinbar die „nationalen“ Interessen ihrer Mitglieder verteidigt, tatsäch-

lich aber die arbeitende Klasse spaltet und schwächt.

Solidarität: nur ein Wort?

Der Verlust des Arbeitsplatzes, die Konfrontation mit dem Hartz-IV-Regime, der Absturz in den Niedriglohnssektor – jedeR einzelne erlebt das als Schicksalsschlag.

Die unzähligen „Schicksalsschläge“ sind jedoch kein individuelles Unglück oder gar Versagen, sondern kalkulierte Folgen des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Die vielen Einzelnen, die scheinbar für sich alleine ste-



Demonstration zum internationalen Tag der Arbeit in Oberhausen, 1. Mai 2016

hen, teilen ihre Lage und ihre Interessen tatsächlich mit unzähligen anderen Menschen in Deutschland, in Europa und weltweit: So auch mit denen, die hier Zuflucht suchen. Die Geflüchteten müssen in die Kämpfe der Lohnabhängigen mit einbezogen werden, damit den Herrschenden die Spaltung zwischen „Einheimischen“ und „Fremden“ nicht gelingt. Deren Bestreben ist schließlich, die Löhne von beiden zu drücken.

Was hindert die europäischen Gewerkschaften und die europäische Linke daran, sich den existenziellen Herausforderungen endlich zu stellen und für eine europaweit koordinierte Gegenwehr zu kämpfen? Und für ein so-

ziales, demokratisches und friedliches Europa?

Nur im Munde geführt, ist „Solidarität“ nicht mehr als ein schönes Wort. Gelebte Solidarität jedoch ist die stärkste Waffe, die wir haben.

Wir brauchen eine breite außerparlamentarische und internationale Bewegung gegen Krieg, Terror und Rassismus.

Wir brauchen das gemeinsame Engagement für die Verteidigung der politischen und sozialen Menschenrechte für alle.

In Oberhausen, der Region und überall.

RSB Oberhausen, 1. Mai 2016

LabourNet.de Germany

Treffpunkt für Ungehorsame
mit und ohne Job.
Basisnah, gesellschaftskritisch



www.labournet.de

Kein Einzelfall:

Das Ausbeutungsmodell von XXXL Rück

Die XXXLutz-Gruppe mit Sitz im österreichischen Wels ist in den vergangenen Jahren stark expandiert. Zu Beginn des Jahres 2014 hat sie die Möbelstadt Rück in Oberhausen nebst der Filialen in Pampow und Neubrandenburg sowie Möbel Kröger in Essen übernommen – mit fatalen Folgen für die Beschäftigten. (Siehe hierzu auch *Avanti O.* Nr. 14, Oktober 2015, und *Avanti O.* Nr. 20, April 2016.)

PETRA STANIUS

Es ist höchste Zeit, Gegenwehr gegen die Methoden der Unternehmensgruppe zu organisieren: Um die Rechte der KollegInnen von Rück und anderer XXXL-Möbelhäuser zu verteidigen und den Angriff auf ihre Existenzgrundlage abzuwehren. Und auch, um zu verhindern, dass andere Unternehmen sich das Vorgehen von XXXL zum Vorbild nehmen.

Dafür ist ein standortübergreifendes, koordiniertes Handeln erforderlich, das möglichst breite Unterstützung findet. Hier sind insbesondere die Gewerkschaften gefragt, aber auch die einzelnen KollegInnen anderer Betriebe ebenso wie Organisationen, Initiativen etc., die sich für die Rechte von Beschäftigten einsetzen.

Denn nicht zuletzt ist XXXLutz mit seinen Metho-

den bislang deshalb so erfolgreich, weil jede Übernahme eines Möbelhauses – ja, sogar jede einzelne Entlassung – als ein für sich zu betrachtendes Ereignis behandelt wird: von den Arbeitsgerichten, von der zuständigen Gewerkschaft ver.di, in der Presse ...

Dies wird dem Problem in keiner Weise gerecht, da die XXXLutz-Gruppe strategisch vorgeht und an jedem Ort

mit vergleichbaren Mitteln die gleichen Ziele verfolgt.

Wir dokumentieren in dieser Ausgabe der *Avanti O.* einen Artikel von Work Watch (www.work-watch.de), der sich mit der Struktur und der Strategie der Unternehmensgruppe auseinandersetzt.

Wer sich erfolgreich wehren will, sollte seinen Gegner kennen.

Die Doppelstrategie von XXXLutz – höchste Zeit für Gegenwehr

Work Watch, 27. April 2016

Die XXXLutz-Unternehmensgruppe ist nach eigener Darstellung einer der größten Möbelhändler der Welt. Sein Jahresumsatz liegt bei 4 Milliarden Euro, 20.000 Beschäftigte erarbeiten ihn in 200 Filialen mit einheitlicher Ausrichtung und unter einheitlichem Kommando.

In Deutschland rollt der Konzern durch Aufkäufe existierender Möbelhäuser die Branche auf. Begleitet von Skandalen um Massenentlassungen und Teilstilllegungen in München, Mannheim, Oberhausen und jetzt auch – angeht – in Aachen.

Der Konzern handelt dabei nach einer einheitlichen Strategie, vermeidet allerdings die Rechtsform eines Konzerns. Die beiden Inhaber, Andreas und Richard Seifert, der Deutschlandchef Alois Kobler und eine Handvoll weiterer führender Manager leiten die Geschäfte

mithilfe Hunderter Einzelgesellschaften.

Nicht nur ist jede XXXLutz-Filiale rechtlich eigenständig; sie ist in bis zu fünf verschiedene GmbHs zerlegt. Der spezielle Trick des Konzerns: Er hat zwei Sorten GmbHs für jede Filiale geschaffen. Die eine Sorte – die Betreibergesellschaften – organisiert die Häuser, d.h. den Einkauf oder die Immobilienverwaltung. Die andere Sorte der GmbHs – die Servicegesellschaften – ist Arbeitgeber für das Personal. VerkäuferInnen, LagerarbeiterInnen und MonteurInnen sind in jeweils einer speziellen GmbH zusammengefasst. Rein rechtlich haben die GmbHs und besonders die beiden Sparten, in die sie aufgeteilt sind, nichts miteinander zu tun. Der Konzern führt Service- und Betreibergesellschaften in seiner deutschen Zentrale in Würzburg und im österreichischen Wels mithilfe weiterer ei-

genständiger Gesellschaften.

Die Servicegesellschaften verfügen praktisch über kein eigenes Kapital und Vermögen. Wenn ihr Personal nicht von der örtlichen Betreibergesellschaft angeheuert wird – in einer Art Werk- oder Dienstleistungsvertrag – dann verdienen sie nichts und sind sozusagen von einem auf den anderen Tag pleite. Denn außer der örtlichen XXXL-Betreibergesellschaft haben sie keinerlei Auftraggeber. Das rückt die Verträge zwischen Betreibergesellschaft und Servicegesellschaften in die Nähe von illegalen Schein-Werkverträgen.

XXXLutz weitet sein Filialnetz ausschließlich durch Übernahme bislang eigenständiger Möbelhäuser aus. Im Rahmen eines Betriebsübergangs zerschlägt der Konzern dabei mithilfe der GmbH-Konstruktion bestehende Belegschaften und deren Betriebsräte. Den „willkom-

menen“ Beschäftigten wird die Weiterbeschäftigung in einer der neuen GmbHs zur erheblich schlechteren Konditionen in Aussicht gestellt. Einzige Alternative zum Angebot ist die Kündigung.

Gekündigt werden insbesondere übernommene Mitarbeiter, die aufgrund besonderer Voraussetzungen auf normalem Weg nicht mehr kündbar sind (Alter, lange Betriebszugehörigkeit) oder die nach geltenden Tarifen oder höher zu bezahlen – also teuer – sind. Weiterhin stehen die auf der Abschlusliste, die von Haus aus nicht blind und weisungsgemäß den Interessen der Inhaber folgen, z.B. aktive GewerkschafterInnen oder kämpferische Betriebsräte. Auf diese Weise spart und senkt XXXL Lohnkosten, begeht Tariffucht, betreibt Union-Busting, umgeht Sozialplan-Pflichten und unterläuft Kündigungsfristen.

So hat es der Konzern in München, in Mannheim, in Oberhausen und an weiteren Standorten angedroht und auch mehrfach praktiziert.

Die Arbeitsgerichte halten bislang nicht dagegen. Nur das Arbeitsgericht Oberhausen hat erkannt (AZ 3 Ca 11400/15), dass die GmbH-Struktur von XXXL der Umgehung von Kündigungsschutzbestimmungen dient und nicht akzeptabel ist. Ob diese Konstruktion darüber hinaus nicht auch wirtschaftsrechtlich und strafrechtlich unzulässig ist, wurde bislang nicht geprüft. Ein ehemaliger Landessozialrichter stellt in einem Aufsatz die These auf, die Zerlegung jeder örtlichen Filiale in Betreiber- und Servicegesellschaften sei möglicherweise nach §138 BGB ein „sittenwidriges Rechtsgeschäft“ und deshalb nichtig. In Oberhausen hat ein unabhängi-



Demonstration vor XXXL Rück in Oberhausen am 5.10.2015

Foto: Avanti O.

ger Aktionskreis die bewusste Umgehung des § 613 BGB als Tatbestand des Betruges unter dem Gesichtspunkt einer „finanzierten Betriebsschließung“ untersucht und eine entsprechende Anzeige auf den Weg gebracht.

Es ist höchste Zeit, gegen die-

ses Ausbeutungsmodell offensiv vorzugehen. Denn XXXL ist dabei, Deutschland von Süden nach Norden in diesem Sinne „aufzurollen“. Außerdem macht die Konstruktion Schule, andere Großkonzerne nehmen sich ein Vorbild und planen Ähnli-

ches. Gelingt das, ist der flächendeckenden Tariffucht und der willkürlichen Zerschlagung betriebsrätlicher Strukturen Tür und Tor geöffnet. Gegenwehr ist praktisch unmöglich – es sei denn auf Kosten der sofortigen Insolvenz der zuständigen Ser-

vice-GmbH und folgender Mas-
senentlassungen.

Quelle: <http://www.work-watch.de/2016/04/die-doppelstrategie-von-xxxlutz-hoechste-zeit-fuer-gegenwehr/>

Marseille-Kliniken: Engagierte Betriebsräte unerwünscht

L. M.

Die MK-Kliniken AG betreibt nach eigenen Angaben 55 Pflegeeinrichtungen und vier Wohnanlagen für Betreutes Wohnen und hat rund 4.850 Beschäftigte. Gegründet wurde sie von dem Unternehmer Ulrich Marseille.

Dass die KollegInnen der Marseille-Kliniken für ein Großunternehmen tätig sind, merken sie bei ihrer täglichen Arbeit nicht:

Unter den Kliniken finden sich nur wenige große Einrichtungen. Die meisten Häuser haben bis zu 200 Beschäftigte. Es sind auch Einrichtungen dabei, in denen weniger als 50 KollegInnen arbeiten.

Die Kliniken werden als eigenständige Gesellschaften mit unterschiedlichen Rechtsformen betrieben. Häuser wurden von kirchlichen, staatlichen oder privaten Trägern übernommen und

unter ihrem alten Namen weitergeführt. Auch in Oberhausen gibt es ein Pflegeheim, das zu den MK-Kliniken zählt: Die Senioren-Wohnpark Oberhausen GmbH in der Havensteinstraße.

Für die MK-Kliniken AG bzw. ihre Aktionäre ist Profitmaximierung das oberste Unternehmensziel. Gesundheit ist eine Ware, ebenso wie die Arbeitskraft der Beschäftigten, die möglichst billig eingekauft werden soll. Engagier-

te Betriebsräte und Gewerkschaften, die die Interessen der KollegInnen vertreten, stören hier offenbar.

Wir dokumentieren unten eine Erklärung von verdi zum Mobbing gegen Betriebsräte im Pflegehaus Barbaraneum in Bochum und im Flora Marzina Wohnpark in Herne. Wir wollen dazu beitragen, dass dieser Fall an die Öffentlichkeit gelangt und unterstützen den Protest.

Bei uns ist kein Platz für Union Busting!

Abmahnungen und fristlose Kündigungen gegen Beschäftigte und Betriebsräte, Spaltung und Polarisierung der Belegschaften, offene und verdeckte Bespitzelungen – auch im Privatleben, unberechtigte hohe Schadensersatzklagen, willkürliche Versetzungen und viele weitere Schikanen bis hin zu Bestechungsversuchen, Hausverbote gegen Gewerkschaftssekretäre und Betriebsräte oder die Gründung und das Coaching von Anti-Betriebsrats-Initiativen: das ist Union Busting.

Darauf spezialisierte Rechtsanwälte werden von den Unternehmen beauftragt und bezahlt, um die schmutzigen Jobs zu erledigen. Union Busting steht für die professionelle Zerstörung von Betriebsräten und Gewerkschaften in Unternehmen. Unsere Kolleg*innen sollen zermürbt, ihre psychische Gesundheit und materielle Existenzgrundlage mit allen denkbaren Mitteln zerstört werden.

Gibt's hier nicht? Doch!

Mit menschenverachtenden Methoden gehen die „MK-Kliniken AG“ in Bochum und Herne gegen Betriebsrät*innen vor. Nur in wenigen Häusern des Konzerns existieren Betriebsräte. Im „Meridias Ruhrstadtpflegehaus Barbaneum Bochum

GmbH“ und im Haus Flora Marzina in Herne gibt es mutige Kolleg*innen. Hier gibt es Betriebsräte. Die MK-Kliniken AG versucht nun, sie loszuwerden: In Herne wurden zwei Betriebsratsmitglieder „betriebsbedingt“ gekündigt. Ihre Abteilung wurde einfach dicht gemacht. In Bochum hat die Betriebsratsvorsitzenden die fristlose Kündigung bekommen. Die Vorwürfe sind absurd. Vorstand und Geschäftsführung der MK-Kliniken AG, allen voran Herr Dieter Wopen, haben einen der bundesweit bekanntesten und teuersten Advokatus diaboli, Helmut Naujoks, beauftragt, die Betriebsräte in den Seniorenheimen aus dem Weg zu räumen und jeden Widerstand von Beschäftigten gegen schlechte Arbeitsbedingungen im Keim

zu ersticken.

Eine Brücke der Solidarität! Wir halten zusammen!

Wir stehen für eine zivilisierte und demokratische Gesellschaft. Wir sagen: Im Pott ist kein Platz für Union Busting! Wir haben im Ruhrpott viel erlebt. Es ist schwer genug, den Strukturwandel im Ruhrgebiet zu bewältigen und Arbeitsplätze zu sichern. Wir brauchen hier keine Leute, die Menschen bedrohen, unter Druck setzen und demokratische Rechte in der Arbeitswelt mit Füßen treten. Und wir wissen uns zu wehren!

Unsere Solidarität gehört den Kolleg*innen! Wir fordern die MK-Kliniken AG auf, die Kündigungen zurückzunehmen, die Zusammenarbeit mit Anwalt

Helmut Naujoks sofort zu beenden und die Rechte on Beschäftigten zu achten!

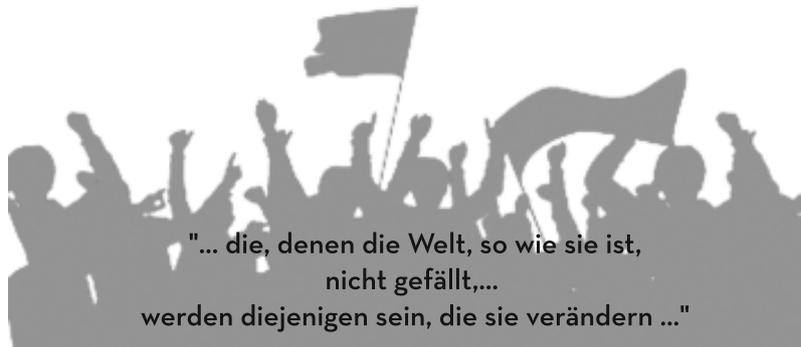
Es gibt eine Unterschriften sammelaktion von verdi: Die Unterschriften sollen im Juni anlässlich der anstehenden Arbeitsgerichtsverfahren gegen BetriebsrätInnen an einen Vertreter der MK-Kliniken übergeben werden.

Die Unterschriftenlisten können hier heruntergeladen werden: <http://shortlinks.de/42h1>

Die ausgefüllten Unterschriftenlisten bitte bis Anfang Juni zurücksenden an:

Agnes Westerheide
Gewerkschaftssekretärin
ver.di Bezirk Bochum-Herne
Universitätsstr. 76, 44789 Bochum

Filmreihe: Auf den Spuren der ArbeiterInnenbewegung



Am Dienstag, den 10.5. mit der 2005 restaurierten und ungekürzten Fassung von „Panzerkreuzer Potemkin“ von Sergei Eisenstein. 70 min, mit überarbeiteten Zwischentiteln und einigen bei der Erstaufführung zensierten Szenen.

Der Film von Sergei Eisenstein wurde zum 20. Jahrestag der Meuterei auf dem zaristischen Kriegsschiff Knjas Potjomkin Tawritscheski vor dem Hafen von Odessa im Jahre 1905 hergestellt und als offizieller Jubiläumsfilm zur Feier der Revolution des Jahres 1905 uraufgeführt.

Die Handlung lehnt sich sehr frei an die tatsächlichen Ereignisse des russischen Revolutionsjahres 1905 an, der Meuterei der Besatzung des russischen Kriegsschiffs Knjas Potjomkin Tawritscheski gegen deren zaristische Offiziere.

Die Bezugnahme auf eine gescheiterte Revolution in diesem Propagandafilm ist schlüssig, wenn die leninistische Revolutionstheorie berücksichtigt wird: Der aufbegehrenden Masse fehlten demnach die für das Gelingen notwendigen Berufsrevolutionäre und die revolutionäre Kaderpartei, die dann 1917 bei der erfolgreichen Oktoberrevolution mit den Bolschewiki vorhanden war.

Mit einer kurzen Einführung in den Film

um 19:00 Uhr im Linken Zentrum, Elsässer Straße 19, 46045 Oberhausen

RSB/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Impressum:

RSB Oberhausen
Postfach 10 01 25
D-46001 Oberhausen

Kontakt:

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46
Email: info@rsb4-oberhausen.de
Web: www.rsb4-oberhausen.de



TERMINE (weitere Infos beim RSB Oberhausen)

- Dienstag, 10.05.16, 19:00 Uhr, Teil 2 der Filmreihe „Auf den Spuren der Arbeiterbewegung“: „Panzerkreuzer Potemkin“, Linkes Zentrum, Oberhausen
- Mittwoch, 11.05.16, 19:00Uhr, Treffen des Aktionskreises gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), Linkes Zentrum, Oberhausen
- Freitag, 13.05.16, 11:00 bis 12:30 Uhr, Schwarzer Freitag für Toys 'R' Us, Gildehof Center, Hollestr. 3, Essen
- Montag, 23.5.16, 20:00 Uhr, Offene MV des RSB Oberhausen, Diskussion zu einem aktuellen Thema, im K14, Lothringer Strasse 64, Oberhausen, (Das Thema wird auf unserer Webseite angekündigt.)

Vorschau Juni:

- Donnerstag, 02.06.2016, 19:00 Uhr, Teil 3 der Filmreihe „Auf den Spuren der Arbeiterbewegung“: „Oktober“, Linkes Zentrum, Oberhausen